

Elternschaft und Kranzprozess.

Ein Schreiben des Reichselternbundes an den Schwurgerichtspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Vorstand und die Gubereitschaft des evangelischen Reichselternbundes haben an den Präsidenten des Schwurgerichts in Weimar ein Schreiben gerichtet, worin die Art der Verichterstattung eines Teils der Presse über den Kranzprozess Ausdruck gegeben wird. Der Reichselternbund bittet im Namen der Elternschaft den Schwurgerichtspräsidenten, sich mit den Vertretern der Presse in Verbindung zu setzen, um eine weitere schwere Schädigung der Öffentlichkeit, insbesondere der Jugend selbst, zu verhindern.

Reichsrat und Mieterklub.

Berlin. (Funkpruch.) In der öffentlichen Vollversammlung des Reichsrats über die Bekanntheit, vom Reichstag an beiden Beschlüssen vorgenommenen Änderungen, insbesondere über die vom Reichsrat seinerzeit abgelehnte Wiedereinführung der Kündigung. Die Ausschüsse des Reichsrats haben beschlossen, gegen die Fassung des Reichstages seinen Einspruch zu erheben, vor allem deshalb, weil das Kündigungsverfahren erheblich zugunsten der Mieter gehandelt worden ist. Die heftige Regierung hatte beantragt, gegen das Mietrechtsgesetz Einspruch zu erheben. Westenburg-Schwerin beantragte auch gegen das Reichsmietengesetz Einspruch zu erheben, ebenso Hamburg, Lübeck und Braunschweig wollen Erhebung des Einspruchs nur gegen das Mietrechtsgesetz.

Die preussische Regierung hat erklärt, daß sie zwar trotz Bedenken gegen die Reichstagsbeschlüsse bereit, aber angesichts des Umstandes, daß die bisherigen Gesetze am 15. Februar ablaufen, wolle sie auf den Einspruch verzichten. Die Anfrage betr. Erhebung des Einspruchs lauten nicht die gewünschte Unterweisung. In einfacher Abstimmung erstreckte sich die Volksversammlung mit den Ausschlußbeschlüssen einverstanden.

Etat des Reichswehrministeriums.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat heute die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichswehrministeriums fort.

Hr. Schneider (Nomin.) bringt den grundsätzlichen Standpunkt seiner Partei zum Ausdruck, wonach die Reichswehr kein autonomes Instrument für die Republik sei, sie solle an ihre Stelle Willkür der Verfassungen setzen. Redner fordert Mitwirkung der Mannschaften bei der Offizierswahl usw. Wie in Österreich, müsse den Mannschaften mindestens das politische Wahlrecht gewährt werden. Der Vorschlag, Standal beweise, daß illegale Unterstellungen illegale Verbände mit Waffen usw. vorzuziehen.

Hr. Schöppin (Zog.) meint, die von seiner Partei vorgeschlagenen Ansprüche könnten gemacht werden ohne die Reichswehr ernstlich zu gefährden. Er wundert sich deshalb über die gegenseitige Auffassung des Reichswehrministeriums.

Reichswehrminister Dr. Gröner: Ich habe mit dem Reichswehrminister eingehend darüber gesprochen.

Hr. Schöppin befragt dann die Antrittsrede des Reichswehrministers. Seine Partei wolle es mit dem neuen Herrn versuchen, aber er müsse seinen Worten auch die Taten folgen lassen. Seit der Revolution seien 9 Jahre ins Land gegangen; da müßten die Offiziere sich allmählich umgestellt haben, auch zu den Symbolen des Staates. Somit seien sie, wenn sie von dieser Republik den Sold nehmen, ebenso Bundesbürger, wie der Reichswehrminister Gröner sich einst vor 11 Jahren ausgedrückt habe: Ein Bundessohn ist, der freit.

Hr. Brüninghaus (Dsp.) verwahrt die Offiziere in ihrer Allgemeinheit dagegen, daß sie gegen die Republik und ihre Symbole ihre Pflicht vernachlässigten. In dieser Beziehung würden lächerliche Belanglosigkeiten anschaubar. Der Reichsrat habe in seiner Begründung anerkannt, daß die von ihm vorgeschlagenen Abtriebe die Interessen der Reichswehr, wenn auch nicht wesentlich, schädigten. Das wolle er nicht mitmachen.

Hr. Kühler (Zog.) bringt Ansprache eines Oberleutnants Heinemann zur Sprache, die eine Verabwöhnung des Chefs der Deeresleitung enthalten und antimilitaristisch waren. Redner fordert Abschaffung des „Griffloppen“.

Oberst von dem Büsche gibt Auskunft über eine Reihe gestelltter Fragen. Die Verminderung der Remontierung sei den Führern rechtzeitig mitgeteilt worden. Die Truppenzusammenlegung wird entsprechend dem vorläufigen Wunsch des Reichstages weiter gefördert. Redner teilt mit, was für Truppenstandortveränderungen 1928 beabsichtigt seien.

Redner bespricht dann die Einzelheiten des Heeresberühmungsabkommens, das auf den Erklärungen des Reichsanzwalts vom 2. Dezember 1927 beruht. Von 100 sich anmeldenden Leuten könnten etwa 6, also ein Fünftel eingezogen werden. Daraus ergebe sich zwangsläufig, daß der Kompaniechef keine Werbefähigkeit zu entfalten brauche. Politische Fragen — auch nach vaterländischer Bestimmung — wurden nicht gestellt. Nur die Heimatbehörde muß bezeugen, daß der Mann sich nicht im verfassungswidrigen Sinne betätigt habe. Von den Bewerbern kämen nach der letzten Jahresstatistik 53 Prozent aus ländlichen, 42 Prozent aus städtischen Arbeiterkreisen. Von den Einzelheiten sind 53,7 Prozent auf dem Lande, 46,3 Prozent in der Stadt geboren. Aus dem Rheinland meldeten sich 4,7 Prozent, aus dem Saargebiet 0,8 Prozent und aus dem Danziger Gebiet 0,6 Prozent, das entspricht ungefähr dem Prozentsatz der Bevölkerung.

(Schluß folgt.)

Neugründung des Deutschen Hilfsvereins in Paris.

Paris. Unter dem Vorsitz des deutschen Botschafters v. Hoesch wurde Sonnabend abend in den Räumen der Botschaft der Grundstein zur Wiedereinrichtung eines deutschen Hilfsvereins gelegt, indem der Deutsche Hilfsverein, dessen Tätigkeit seit 1914 geruht hat, wieder konstituiert wurde. Der Hilfsverein hat die Aufgabe, bedürftigen Deutschen Hilfe und Beistand zu leisten. Botschafter v. Hoesch erklärte in seiner Ansprache, der deutschen Nachkriegspolitik wolle er als Belegwort die Mahnung zur Einigkeit mit auf den Weg geben: „Bei den Zielen, die wir verfolgen, spielt die Verschiedenheit der politischen Richtung keine Rolle, und die deutsche Botschaft, die zur Vertretung der Außenpolitik des Deutschen Reichs berufen ist, kennt hierbei weder einen Unterschied der sozialen Stellung noch einen Unterschied des Nationalitätsbegriffes“.

Aus dem Reichstage.

Berlin. Dem Reichstag ist eine Entschlossenheit über Unternehmungen für die chem. Ozean- und Marinarbeiter und Fischereiarbeiter eingebracht. Zur Zeit werden für 25000 Angestellte und Unterstellte fast 16 Millionen Mark jährlich aufgewendet. Für die Zukunft soll in Rücksicht auf die Volkswirtschaft eine Zulieferungsmaßnahme für die Arbeiter des Meeres und der Bänder errichtet werden, die auf Beitragsabgabe aufbaut wird.

Die Wohnungshaus-Finanzierung vor dem Landrechtstag.

Berlin. Der Vorstand des Deutschen Landrechtstages veranlaßte in Dessau eine von Vertretern aller deutschen Länder mit Ausnahme von Baden und Bremen besuchte Sitzung unter dem Vorsitz des Landrats Dr. v. Kroschke-Berlin. Dabei wurde das Problem der Wohnungshaus-Finanzierung eingehend erörtert und die Notwendigkeit betont, die Staatsmittel für diesen Zweck so weit wie möglich zu lockern, daß mit Beginn der Bauarbeiten die Beschäftigungsmöglichkeit für große Teile der arbeitenden Bevölkerung gegeben ist.

In der weiteren Debatte kam zum Ausdruck, daß die Vorlage der Reichsregierung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Feuerwehre und Krankenhäuser auf keinen Fall dazu dienen dürfe, weitere Reichsteuern zu schaffen bzw. die vorhandenen Organisationen auszuweiten. Die Ausführung solle vielmehr den Ländern überlassen bleiben.

Die Hilfsaktion für die Landwirtschaft.

Eine Richtlinie.

Berlin. (Funkpruch.) Die in der Landwirtschaftlichen Wochenschau und auch in einem Teile der Tagespresse verbreitete Unterstellung, Reichslandwirtschaftsminister Dr. Curtius wolle keine Zustimmung zur Hilfsaktion für die Landwirtschaft geben, ist durch die Reichslandwirtschaft bei beherrschenden Handelsvertragsverhandlungen weitere Opfer bringt, ist vollkommen unrichtig. Reichslandwirtschaftsminister Dr. Curtius, der sein Verhältnis für die Lage der Landwirtschaft und seine Verehrlichkeit, an dem Hilfswort mitzuwirken, bei Empfängen landwirtschaftlicher Deputationen wiederholt dargelegt hat, hat der vom Reichsernährungsminister betriebenen Aktion unabh. ohne ihre Abhängigkeit von Konzeptionen der Landwirtschaft für Handelsvertragsverhandlungen zu fordern.

Schmerzender Border.

Das Atelier des Malers, das sonst nur Raum blüht für stilles Schaffen, wird in unserem neuen Roman „Schmerzender Border“ von Magda Trost zum Schauspiel lebhafter Kämpfe. Es geht um Ruhm und Ehre, um Wahrheit und Liebe. Eine dämonische Frau steht im Mittelpunkt der Handlung, die, von der Sucht und der Wier nach dem Erlös wertvoller Bilder getrieben, die Arbeit eines Anderen ihrem Infolge von Krankheit nicht mehr arbeitsfähigen Mann unterwirft. Daraus entspringen sich Verwicklungen von starker Gegensätzlichkeit, die, verbunden mit einer zart und gemütvoll eingeflochtenen Liebesgeschichte, unserem neuen Roman bis zur letzten Zeile das Interesse unserer Leser sichern werden.

Die Eröffnung der Kölner Frühjahrsmesse.

Köln. (Tel.) Die Kölner Frühjahrsmesse wurde gestern eröffnet. Die Messe ist sehr gut besucht und zeigt ein bedeutend belebteres Bild als die letzte Herbstmesse. Besonders bemerkenswert ist wieder die Wädelmesse, der sich eine Ausstellung „Haus- und Wohnbedarf“ anschließt. Die führenden Kunstseidenfabriken haben unter Führung der Wädel-Konvention eine deutsche Kunstseidenauverantw. gestellt, die sehr ins Auge fällt. Ueberhaupt zeigt auch die Textilmesse ein weiteres Anwachsen, das auf erhöhte Beteiligung Frankreichs und Österreichs zurückzuführen ist. Weitergehendes allgemeines Interesse wird die Technische Messe finden, die mit einer Fachveranstaltung für Schleif- und Oberflächenmaschinen verbunden ist. Auch Holz- und Holzwerkzeugmaschinen sind auf der Messe diesmal vertreten. Erwähnenswert sind zum Schluß noch die Arbeiten der Wiener Frühjahrsausstellung. Zusammenfassend ist zu bemerken, daß die Kölner Frühjahrsmesse einen bemerkenswerten Fortschritt auch diesmal wieder in der Entwicklung des Kölner Messewesens darstellt. Die Gruppen der Messe, die den wirtschaftlichen Charakter in Köln bestimmen, haben sich weiter entwickelt, jedoch sie an Bedeutung immer mehr gewinnen. Die reiche Zahl der Besucher bereits am ersten Tage zeigt, welches Interesse man der Kölner Frühjahrsmesse entgegenbringt.

Rundgebung

gegen das geplante französische Kaufhaus.

Berlin. Das Berliner Komitee des selbständigen Mittelstandes und die Reichsvertretung deutscher Hausfrauen, Ortsgruppe Groß-Berlin, veranstalteten gestern vormittag eine Rundgebung gegen die beabsichtigte Errichtung eines französischen Warenhauses in Berlin, die sich vor allem auch gegen den Berliner Magistrat richtete. Sämtliche Redner erklärten, die Errichtung eines französischen Kaufhauses in der Volkswirtschaft mit deutschem Kapital und mit Genehmigung und Unterst. des Berliner Magistrats müsse unter allen Umständen verhindert werden. Diese Meinung wurde in einer Entscheidung festgelegt.

Polen enteignet deutschen Grundbesitz.

Warschau. (Tel.) Der Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Verordnung über die zwangsweise Enteignung deutschen Grundbesitzes in den ehemals preussischen Teilgebieten in Kraft treten zu lassen. Im Warsauer Bezirk sollen 2576 Hektar, im Graubauer Bezirk 4809 Hektar und im Ratowitzer Bezirk 402 Hektar zwangsweise aufgeteilt werden.

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Berlin. (Funkpruch.) Die Regierungspartei hat im Reichstage eine Interpellation eingebracht, in der es u. a. heißt:

„Die Durchführung des neuen Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat auf dem platten Lande Folgen erzielt, die den ländlichen Arbeitsmarkt höchst ungünstig beeinflussen. Arbeitskräfte, die früher alljährlich in der Landwirtschaft den Winter über gearbeitet haben, entziehen sich jetzt auf Grund des Wankens der Bedürftigkeitsprüfung und wegen der höheren Versicherungsleistungen derartigen Arbeiten. Sind diese Maßnahmen und Gefahren der Arbeitslosenversicherung bekannt? Welche Maßnahmen gedenkt sie zu treffen, um diese Mängel zu beseitigen?“

Die französische Presse zum Eingreifen Hindenburgs.

Paris. (Tel.) Die Nachricht über das persönliche Eingreifen des Reichspräsidenten in die deutsche Innenpolitik, wird von der französischen Presse mit großer Spannung aufgenommen und als eine überraschende Wendung bezeichnet, durch die die deutsche Regierungspolitik der letzten Monate sich im Prinzip nicht gegen eine Auflösung des Reichstages ausgesprochen habe, sondern nur gegen eine allzu frühe Auflösung, die den deutschen Finanzen Schaden brächte. Diese Auffassung des Reichspräsidenten wird von den Berliner Korrespondenten der Pariser Blätter insofern bekräftigt, als daran erinnert wird, daß Deutschland im Laufe dieses Jahres 2 Milliarden an Reparationsabgaben zu leisten habe und die Durchführung dieser Zahlungen leicht problematisch werden könnte, wenn der deutsche Reichstag vor der Erledigung des deutschen Haushalts aufgelöst werden könnte.

Letzte Funkpruch- Meldungen und Telegramme vom 13. Februar 1928.

Der Brief des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist der Brief des Reichspräsidenten nicht wie verschieben behauptet wird, von dem Abg. Scholz inspiriert worden. Abg. Scholz ist in den letzten Tagen vom Reichspräsidenten empfangen worden noch bei Staatssekretär Weizsäcker gewesen.

Das Autogramm am Reichstagsufer.

Berlin. (Funkpruch.) Zu dem Autogramm, bei dem, wie gemeldet, zwei Insassen des in die Spree gestürzten Kraftwagens, eine Frau und deren 14-jähriger Sohn, ertrunken sind, erfahren wir noch, daß der Fahrer des Kraftwagens, der nach Angaben des Chauffeurs der verunglückten Droschke diese gerammt und dadurch das Unglück verschuldet haben soll, sich heute früh bei der Polizei meldete. Es handelt sich um einen älteren Fahrer namens Kraft, der seit 25 Jahren einen eigenen Wagen fährt. Kraft behauptet, daß der Unfallwagen ihn überholt und vor ihm wieder in die richtige Fahrbahn eintrat. Er bestreitet, den Wagen gerammt zu haben, um Hilfe herbeizuholen. Als er zurückkam, waren Feuerweh und Polizei bereits mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Die Droschke Kraft wurde beschlagnahmt, um durch genaue Untersuchungen auf etwaige Beschuldigungen festzustellen, ob er den Borderwagen angefahren hat oder nicht.

Vertagung

des Presseprozeßes um die angebliche Jarentochter.

Berlin. (Funkpruch.) In dem Verleumdungsprozeß des Hauptredakteurs der Nachttausgabe Dr. Schwarzer gegen die verantwortlichen Schriftleiter der Täglichen Rundschau Dr. Mann und Cuno sowie gegen die Russin Frau von Nathlief-Kellman regte der Vorsitzende, nachdem der verantwortliche Redakteur der Nachttausgabe und des Montag-Fris-Lude als Zeuge vernommen worden war, einen Vergleich an. Die Parteien bemühten sich abermals, zu einer Verständigung zu kommen, doch scheiterten die Versuche, da man sich über eine Formulierung, die von beiden Seiten angenommen werden konnte, nicht zu einigen vermochte. Auf Antrag der Verteidiger vertagte der Vorsitzende deshalb die Verhandlung um vier Wochen mit der Maßgabe, daß die Parteien in zwischen Einigungsversuche unternehmen sollten.

Streikgefahr im Odrau-Karminer Bergbaurevier.

Brunn. Wie verlautet, werden die Bergarbeiter im Odrau-Karminer Revier, falls das nordböhmisches Revier freit, ebenfalls in den Streik treten. Bedacht erörtert wird in Bergarbeiterkreisen das Projekt der Bildung einer ständigen überparteilichen Organisation aller Bergarbeiter, die in solchen Konflikten, wie dem jetzigen, in Wirksamkeit zu treten hätte.

Weniger Dampf an der bretonischen Küste in Senot.

Paris. Wie der „Matin“ aus Douarnenez meldet, haben mehrere ausländische Dampfer durch Funkpruch um Hilfe gebeten. Sie befinden sich infolge der seit 48 Stunden in der dortigen Gegend herrschenden Stürme in Senot.

Erster Zustand Lord Oxford.

London. (Funkpruch.) Bei Lord Oxford, der bereits seit einigen Tagen krank ist, hat sich ein akuter Nierenkatarrh mit Anzeichen einer Bronchitis entwickelt. Sein Zustand ist außerordentlich ernst.

Eine Erklärung der Kandidatinnen im Cavell-Film.

London. „Daily Sketch“ veröffentlicht einen Aufsatze der englischen Kandidatinnen der heiligen Johanna, Späth-Thornbire, die in dem Cavell-Film die Hauptrolle spielt. Darin erklärt sie: „Ich würde die Rolle niemals übernommen haben, wenn ich mich nicht zuvor davon überzeugt hätte, daß es sich nicht um engerbische nationalitätliche Propaganda handelt. Ich bin überzeugt, daß die Deutschen, wenn sie den Film sehen, ihre Einwendungen dagegen aufgeben würden.“

Wiedereröffnung der Sowjetbank in Shanghai.

London. „Times“ meldet aus Shanghai: Die Sanktingregierung hat die Wiedereröffnung der Sowjetbank in Shanghai, die im Dezember geschlossen worden war, gestattet. Für diese Entscheidung haben sich insbesondere die russischen Leihhändler eingesetzt, da die Bank notwendig ist, um den großen und noch zunehmenden Handel mit Rußland zu finanzieren.

Kommunistische Rundgebung in Wien.

Wien. Am gestrigen Sonntag veranstalteten 400 Kommunisten eine Rundgebung auf den Strahlen. Die Ordnung wurde durch die Polizei wieder hergestellt. Unter den Besprechenden befand sich ein Pole.